

Antrag¹ auf Gewährung einer Zuwendung für die Förderung der Breitbandversorgung



LAND BRANDENBURG

Zuständige Bewilligungsbe-
hörde
**Landesamt für Verbrau-
cherschutz, Landwirtschaft
und Flurneuordnung**
Regionalstelle

Eingangsstempel

Aktenzeichen:.....

Bitte zutreffende Felder ausfüllen oder ankreuzen, dunkel unterlegte Felder nicht ausfüllen

1.1 Stammdaten (Allgemeine Angaben)

Code für PEB: 112

112

Nummer des Betriebsinhabers
auf der Zentralen Datenbank

Ggf. Titel

Zuständiges Finanzamt für die Einkommen-
bzw. Körperschaftsteuerveranlagung

Antragsteller/in Name, Vorname; ggf. Unternehmensbezeichnung

Geschlecht

männlich

weiblich

keine natürliche
Einzelperson

ggf. noch Unternehmensbezeichnung

Geburtsdatum oder Gründungsdatum

Geburtsname (nur bei natürlichen Personen)

Geburtsort

Verantwortliche/r Leiter/in bzw. gesetzlicher Vertretungsbefugte/r des Betriebes, wenn von obigen Angaben abweichend (Vollmacht ist
beizufügen; sie soll nicht älter als 3 Monate sein)

1.2 Anschriften

Postanschrift

Straße und Hausnummer (kein Postfach zulässig)

Postleitzahl Ort

Ortsteil

Unternehmenssitz (falls abweichend)

Straße und Hausnummer

Postleitzahl Ort

Ortsteil

Telefon Nr. (mit Vorwahl)

ggf. Mobil-TelefonNr.

Fax Nr. (mit Vorwahl)

ggf. e-Mail-Adresse

1.3 Bankverbindung/ Kreditinstitut

Bankleitzahl

Name der Bank

Sitz der Bank

Kontonummer

Name des/der Kontoinhaber/s/in, falls vom/n Antragsteller/in abweichend

¹ Die Antragsformulare und die Hinweise zur Richtlinie finden Sie auch im Internet unter www.mluv.brandenburg.de

1.4 Angaben zur Rechts- und Betriebsform

Rechtsform:		Betriebsform:	
1.	Einzelunternehmen im Haupterwerb Landwirtschaft	01.	Marktfruchtunternehmen (pflanzlich)
2.	Einzelunternehmen im Nebenerwerb Landwirtschaft	02.	Futterbauunternehmen
3.	Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR)	03.	Veredlungsunternehmen (Tiere)
4.	Kommanditgesellschaft (KG)	04.	Dauerkulturunternehmen
5.	Offene Handelsgesellschaft (OHG)	05.	Gemischtunternehmen (pflanzl./tierisch)
6.	Eingetragene Genossenschaft (e.G)	06.	Gemüsebauunternehmen
7.	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	07.	Zierpflanzenunternehmen
8.	GmbH & Co.KG	08.	Baumschule
9.	Aktiengesellschaft (AG)	09.	Gartenbauliches Gemischtunternehmen
10.	Körperschaft des öffentlichen Rechts	10.	Forstwirtschaftliches Unternehmen
11.	Sonstige juristische Person	11.	Land-/Forstwirtschaftl. Lohnunternehmen
12.	Juristische Person des öffentlichen Rechts (Kirche/religiöse Einrichtung)	12.	Schäfer
13.	Juristische Person des öffentlichen Rechts (Stiftung)	13.	Fischerei und Fischzucht
14.	juristische Person des privaten Rechts (eingetragener Verein)	14.	Sonstige außerlandwirtschaftliche Unternehmen, darunter (Einteilung nach Dienstleistungsbereiche)
15.	Nichtrechtsfähiger Verein	14.1	Herstellen von Waren (D) ²
16.	Privatrechtliche Stiftung	14.2	Bau (F)
17.	Sonstige natürliche Einzelperson	14.3	Einzelhandel (G 52)
18.	natürliche Einzelperson ohne landw. Erwerb	14.4	Beherbergungs- und Gaststätten (H 55)
19.	Teilnehmergemeinschaft gemäß § 16 FlurbG	14.5	Erziehung und Unterricht (M 80)
20.	Sonstige Personengesellschaften und Personengemeinschaften	14.6	Gesundheits-, Veterinär- u. Sozialwesen (N 85)
21.	Eheleute	14.7	Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen (O)
22.	Eheähnliche Gemeinschaft	15.	Ökologische Bewirtschaftung

Bei GbR und Kooperationen ist zusätzlich die Nr. 1.5 , Seite 3, auszufüllen.

² Dienstleistungsbereich nach NACE = Wirtschaftsklassifikation der Europäischen Union)

Richtliniennummer:	
Standort der Maßnahme: Bezeichnung der Region (ILE/LAG) Landkreis: Gemeinde/Ortsteil: Flur/Flurstück:	
Auskunft erteilt: - Name - Telefon - Fax: - E-Mail:	
Durchführungszeitraum (Monat/Jahr)	von/bis:

2 Gesamtkosten

Laut beiliegenden Ergebnis des Auswahlverfahrens (Wirtschaftlichkeitslücke) (€)	
Beantragte Zuwendung (€)	

3 Finanzierungsplan

	Zeitpunkt der voraussichtlichen Fälligkeit (Kassenwirksamkeit)		
	200.	200.	200. und folg.
	in €		
1	2	3	4
4.1 Gesamtkosten (Nr. 3)			
4.2 Eigenanteil - dav. Eigenmittel (bar) - dav. Eigenleistungen (unbar) - dav. Kredite			
4.3 Leistungen Dritter (ohne öffentliche Förderung)			
4.4 Beantragte/bewilligte öffentliche Förderung (ohne Nr. 4.5)			
4.5 Beantragte Zuwendung (Nrn. 3 und 5)			

5 Beantragte Förderung

Fördergegenstand	Zuweisung/ Zuschuss (€)	v.H.d. Gesamtkosten
1	2	3
Summe		

6 Begründung

6.1

- **Zur Notwendigkeit der Maßnahme** (u. a. Standort, Ziel, Zusammenhang mit anderen Maßnahmen desselben Aufgabenbereiches, alternative Möglichkeiten, Nutzen)
- **Integration der Maßnahme in die Strategie des gebietsbezogenen lokalen Entwicklungskonzeptes (GLES)**
- **Demographie-Check³** (wirtschaftliche Tragfähigkeit, Nutzerprognose...), ggf. auch entsprechend vom GLES abzuleiten

³ Der Demographiecheck soll auf der Grundlage der amtlichen Prognose und der Bevölkerungsvorausschätzung für die Ämter und amtsfreien Gemeinden des Landes Brandenburg erfolgen (www.demografie.brandenburg.de).

6.2 Mit der Förderung beabsichtigte Ziele (Indikatoren) (mehrere Nennungen möglich)

Nr.	Bezeichnung	Menge	Mengen- einheit
1.	Breitbandversorgung		
1.1	Anzahl der nutzerdefinierten Anschlüsse		Anzahl
1.1.1	Private Anschlüsse		Anzahl
1.1.2	gewerbliche Anschlüsse darunter Betriebe der Land- und Forstwirtschaft		Anzahl
1.2	Angabe zur genutzten Breibandtechnologie		Anzahl
1.2.1	Kabel		Anzahl
1.2.2	Funk oder Satellit		Anzahl

6.3 Zur Notwendigkeit der Förderung und zur Finanzierung (u. a. Eigenmittel, Förderhöhe, Landesinteresse an der Maßnahme, alternative Förderungs- und Finanzierungsmöglichkeiten)

7. Finanz- und haushaltswirtschaftliche Auswirkungen

(Darstellung der angestrebten Auslastung bzw. des Kostendeckungsgrades, Tragbarkeit der Folgekosten für den Antragsteller, Finanzlage des Antragstellers usw.)

8. Erklärungen des Antragstellers

Der Antragsteller erklärt, dass

8.1 mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde und vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides ohne vorherige Zustimmung der Bewilligungsbehörde nicht begonnen wird; als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten,

8.2 er zum Vorsteuerabzug

nicht berechtigt ist,

berechtigt ist und dies bei der Berechnung der Gesamtkosten (Nr. 3) berücksichtigt hat (Preise ohne Umsatzsteuer),

nicht berechtigt ist, aber im Sinne der Mehrwertsteuerrichtlinie (77/388 EWG) als Nicht-Steuerpflichtiger eingestuft ist (Körperschaften und Stiftungen des öffentlichen Rechts) und dies bei der Berechnung der Gesamtkosten (Nr. 3) berücksichtigt hat (Preise ohne Umsatzsteuer),

8.3 er für den gleichen Zweck (für diese Maßnahme/Objekt) keine weiteren öffentlichen Fördermittel (z. B. Mittel der regionalen Wirtschaftsförderung) erhalten bzw. beantragt hat.

Wenn ja, Fördermittel in Höhe von _____ €

Jahresangabe:

Weitere Erklärungen des Antragstellers/der Antragstellerin:

8.4 Ich/Wir habe(n) von den Voraussetzungen für die Gewährung der betreffenden Beihilfen und Zuwendungen Kenntnis genommen. Mir/Uns ist bekannt, dass die Rechtsgrundlagen und Merkblätter bei der zuständigen Behörde eingesehen werden können.

8.5 Mir/Uns ist bekannt, dass mir/uns keine Zahlungen zustehen, wenn ich/wir die für den Erhalt solcher Zahlungen erforderlichen Bedingungen künstlich geschaffen habe(n) (Art. 5 Abs. 3 der Verordnung (EG) Nr. 1975/2006).

8.6 Mir/Uns ist bekannt, dass alle Angaben in den einzelnen Anträgen und die Angaben in den mit den Anträgen eingereichten Dokumenten subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches in Verbindung mit § 2 des Gesetzes gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen (Subventionsgesetz) vom 29. Juli 1976 (BGBl. I S. 2037) und § 1 des Brandenburgischen Subventionsgesetzes sind.

8.7 Mir/Uns ist bekannt, dass

- ich/wir nach § 3 Abs. 1 Subventionsgesetz verpflichtet bin/sind, auch in Fällen höherer Gewalt der zuständigen Bewilligungsbehörde unverzüglich alle Tatsachen schriftlich mitzuteilen, die Auswirkungen auf die Zuwendung, die Bewilligung, die

Gewährung, die Weitergewährung, die Inanspruchnahme oder das Belassen der Zuwendung haben oder ihr entgegenstehen oder für die Rückforderung der Leistungen erheblich sind,

- falsche, unvollständige oder unterlassene Angaben zur Strafverfolgung führen können und mir/uns auch die Kosten für Kontrollmaßnahmen auferlegt werden können,
- der Antrag im Falle fehlender oder nicht fristgemäß nachgereichter Unterlagen abgelehnt werden kann,
- jede Bewilligungsbehörde verpflichtet ist, Tatsachen, die den Verdacht eines Subventionsbetruges begründen, den Strafverfolgungsbehörden mitzuteilen,
- von der zuständigen Bewilligungsbehörde alle Unterlagen, die zur Beurteilung der Antragsberechtigung, der Antragsvoraussetzungen sowie zur Bewilligung der Zuwendung erforderlich sind, auch rückwirkend angefordert werden können,
- die zuständige Bewilligungsbehörde entsprechend den Beihilfevorschriften Auflagen auch nachträglich erteilen kann.

8.8 Mir/Uns ist bekannt, dass die zuständigen Behörden von Land, Bund und der Europäischen Union sowie die jeweiligen Rechnungshöfe sowie beauftragte Unternehmen das Recht haben, das Vorliegen der Voraussetzungen für die Gewährung der Beihilfen und Zuwendungen durch Kontrollmaßnahmen (z.B. durch Besichtigungen an Ort und Stelle, Einsichtnahme in die Bücher, Belege und sonstige Unterlagen) zu prüfen oder durch Beauftragte prüfen zu lassen und Auskünfte über die tatsächlichen und rechtlichen Verhältnisse einzuholen, und dass der Antrag abgelehnt wird bzw. der Zuwendungsbescheid widerrufen wird, wenn eine Kontrolle vor Ort durch den Antragsteller oder seinen Vertreter nicht zugelassen wird.

8.9 Mir/Uns ist bekannt, dass im Falle der Eröffnung eines Gesamtvollstreckungs- oder Insolvenzverfahrens umgehend die zuständige Bewilligungsbehörde über diesen Sachstand zu informieren ist.

Mit meiner/unserer Unterschrift erkläre(n) ich/wir mein/unser Einverständnis zum gesamten Abschnitt 8.

Ort/Datum

Rechtsverbindliche Unterschrift

9. Erklärungen des Regionalmanagements

9.1 Die LAG/Region erklärt, dass

- die Maßnahme ein wichtiger Bestandteil der gebietsbezogenen lokalen Entwicklungsstrategie (GLES) ist

Ort/Datum

Rechtsverbindliche Unterschrift

9.2 Betrachtungen zur Nachhaltigkeit der Maßnahme

- Auswirkung auf die demographische Entwicklung (Demographiecheck)
- Mögliche Verzahnung mit anderen Ressorts bei Umsetzung
- Aussage zur SWOT- Analyse der gebietsbezogenen lokalen Entwicklungsstrategie

10. Einwilligung zur Datenverarbeitung und Auskunftserteilung / Einverständniserklärung

- 10.1 Ihre Anträge können nur automatisiert bearbeitet werden.
- 10.2 Die Bearbeitung Ihrer Anträge schließt die Nachprüfung Ihrer Angaben durch die zuständigen Stellen im Rahmen der Verwaltungskontrolle gemäß den hierfür einschlägigen Rechtsvorschriften ein.
- 10.3 Dazu werden die von Ihnen vorgelegten Nachweise und gegebenenfalls Ihre Anträge aus den Vorjahren herangezogen und zur Vermeidung unberechtigter Zahlungen Abgleiche nach dem InVeKoS-Daten-Gesetz, wenn zutreffend, durchgeführt.
- 10.4 Ihre personenbezogenen Daten werden von der zuständigen Bewilligungsbehörde und durch das Landesamt für Verbraucherschutz, Landwirtschaft und Flurneuordnung (LVLf) in Frankfurt (Oder) für die automatisierte Zahlbarmachung und Verbuchung sowie die Zwecke der Rechtsvorschriften verarbeitet, die zu dem von Ihnen eingereichten Förderantrag einschlägig sind.
- 10.5 Zur Auszahlung übermittelt das LVLf Ihre Angaben personenbezogen in dem dazu erforderlichen Umfang an die zuständige Kasse.
- 10.6 Im Rahmen des Rechnungsabschlussverfahrens gemäß den Verordnungen (EG) Nrn. 1290/2005 und 885/2006 für durch den ELER (mit-)finanzierte Beihilfen dürfen die im MLUV eingerichtete Zahlstelle des Landes Brandenburg für den ELER sowie die Bescheinigende Stelle und der Interne Revisionsdienst die den aus dem o.g. Fonds finanzierten Maßnahmen im Rahmen der Ihnen aus den vorgenannten Verordnungen zugewiesenen Aufgaben die Angaben aus Ihren Anträgen mittels eines automatisierten Abfrageverfahrens einsehen. Die Bescheinigende Stelle darf zum Zwecke der Erstellung der Jahresabschlussberichte in Verbindung mit der Bescheinigung nach Verordnung (EG) Nr. 885/2006 diese Daten auswerten.
- 10.7 Zur Gewährleistung der gemäß Verordnung (EG) Nr. 1698/2005, Titel VII, obligatorisch durchzuführenden Begleitung und Bewertung der Fördermaßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raumes werden die hierfür erforderlichen Daten aus der Landesdatenbank im LVLf an die für die Evaluierung zuständige/n öffentliche/n Stelle/n sowie gegebenenfalls an andere beauftragte Dritte (Berufs-, Fachverbände, Universitäten oder außeruniversitäre Forschungsinstitutionen) zur Auswertung entsprechend den Vorgaben der o.g. Verordnung weitergegeben.
- 10.8 Gemäß der Verordnung über Mitteilungen an die Finanzbehörden durch andere Behörden und öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten vom 7. September 1993 (BGBl. I S. 1554) können Ihre personenbezogenen Daten in dem erforderlichen Umfang durch die Bewilligungsbehörden bzw. das LVLf an die Finanzbehörden weitergegeben werden.
- 10.9 Ich/Wir habe/n Kenntnis davon, dass nach EU-Recht die Mitgliedsstaaten verpflichtet sind, im Interesse einer verbesserten Transparenz über alle gewährten Zuwendungen mindestens einmal jährlich ein Verzeichnis zu veröffentlichen, das Auskunft gibt über die einzelnen Begünstigten, die geförderten Vorhaben bzw. Maßnahmen, für die die Zuwendung gewährt wurde sowie die Höhe der jeweils bereitgestellten Mittel. Mit der Aufnahme in das Verzeichnis erkläre ich mich einverstanden.

- 10.10 Die unter 1.2 eingetragenen Angaben zu PLZ und Ort werden bei der Datenerfassung gegen das hinterlegte offizielle Verzeichnis der Deutschen Post geprüft und bei Bedarf angepasst.
- 10.11 Ich bin/Wir sind damit einverstanden, dass gemäß den Bestimmungen des Brandenburgischen Datenschutzgesetzes (BbgDSG) die von mir/uns angegebenen personenbezogenen Daten elektronisch gespeichert, verarbeitet und aufbewahrt werden.
- 10.12 Ich/Wir habe(n) die vorstehenden Hinweise zur Kenntnis genommen und bin/sind mit der Datenverarbeitung im Rahmen der ELER -Förderung entsprechend den vorgenannten Hinweisen einverstanden. Ich bin/Wir sind darauf hingewiesen worden, dass
- eine Auskunftspflicht nicht besteht, meine/unsere Angaben jedoch Voraussetzung für die Gewährung der von mir/uns beantragten Beihilfe sind,
 - ich/wir berechtigt bin/sind, jederzeit mit Wirkung für die Zukunft der weiteren Verarbeitung meiner/unserer personenbezogenen Daten zu widersprechen, dann jedoch die beantragte Förderung nicht erfolgen kann,
 - die Angaben der Telefon- sowie ggf. der Faxnummer und e-Mail-Adresse freigestellt ist und lediglich der zuständigen Bewilligungsbehörde zur Vereinfachung etwaiger Rückfragen dient.
- 10.13 Ich/Wir erkläre/n, dass ich/wir auf eine gesonderte Mitteilung über die Verarbeitung/Änderung/Löschung oder Verwertung der mich/uns betreffenden personenbezogenen Daten gem. § 3 Abs. 2 in Verbindung mit § 12 Abs. 2 BbgDSG als Regel verzichten. Dies schränkt mein/unser Auskunftsrecht gem. § 5 Abs. 1 BbgDSG nicht ein.
- 10.14 Ich/Wir bestätige(n), dass die von mir/uns gemachten Angaben richtig und vollständig sind.

Mit meiner/unserer Unterschrift erkläre(n) ich/wir mein/unser Einverständnis zum o.g. gesamten Abschnitt „Einwilligung zur Datenverarbeitung“

Ort/Datum

Rechtsverbindliche Unterschrift

- 10.15 Ich bin/Wir sind damit einverstanden, dass das Land Brandenburg bei positiv erfolgter

- Beschlussfassung über die Förderung
- Bewilligung oder
- Durchführung/Abschluss der Maßnahme

über meine/unsere Maßnahme bei Bedarf im Rahmen von Veröffentlichungen oder Presseerklärungen die Öffentlichkeit informiert.

ja

nein

(Zutreffendes bitte ankreuzen)

Ort/Datum

Stempel/ Rechtsverbindliche Unterschrift

11. Anlagen

- | | | |
|------|---|----------------------------|
| 11.1 | Erläuterungsbericht mit genauer Beschreibung der Maßnahme und Ausführungsart | <input type="checkbox"/> * |
| 11.2 | Bericht über den Stand der bauaufsichtlichen und sonst erforderlichen Genehmigungen, die – soweit bereits vorhanden – beizufügen sind | <input type="checkbox"/> * |
| 11.3 | Kostendarstellung aufgrund der Wirtschaftlichkeitslücke des ausgewählten Netzbetreibers | <input type="checkbox"/> * |
| 11.4 | Bauzeitplan | <input type="checkbox"/> * |
| 11.5 | Beschluss der Gemeindevertretung / Stellungnahme zum Vorhaben | <input type="checkbox"/> * |
| 11.6 | Stellungnahme des Landkreises bei gemeindlichen Maßnahmen sowie der jeweils zuständigen Kommunalaufsicht | <input type="checkbox"/> * |
| 11.7 | Nachweis über die Sicherung des Eigenanteils | <input type="checkbox"/> * |

* Zutreffendes bitte ankreuzen